Rats-Protokoll

über die

ordentliche Sitzung des Gemeinderates der auton. Stadt Steyr

am 13. Dezember 1919 um 2 Uhr nachmittags.

Tages-Ordnung:

Mitteilungen.

I. Sektion. (Sektionssitzung am Dienstag den 9. Dezember 1919 um 3 Uhr nachm.)

1. (Vertraulich.) Personalangelegenheiten.
2. (Vertraulich.) Ansuchen um Aufnahme in den Gemeindeverband.
3. (Vertraulich.) Beschlußfassung wegen Ausweisung einer Partei aus dem Stadtgebiet.
4. Ansuchen um Verpachtung des anläßlich der Einverleibung von Gebietsteilen der Gemeinde Gleink erworbenen Jagdgebietes.
5. Festsetzung von Armenfondsgebühren für das Jahr 1920.

II. Sektion (Sektionssitzung am Mittwoch den 10. Dezember 1919 um 2 Uhr nachm.)

6. Stadtkassatagebuchabschluß pro November 1919.
7. Unterstützungsansuchen.

III. Sektion. (Sektionssitzung am Dienstag den 9. Dezember 1919 um 3 Uhr nachmittags.)

8. (Vertraulich.) Ansuchen um Lohnregulierung.
9. (Vertraulich.) Vorarbeiten zur Errichtung eines städtischen Wasserwerkes.
10. Beitragsleistung zum Ankaufe eines Objektes für die Wasenmeisterei in Pergern und Ankauf der maschinellen Anlage der Kadaververwertungsstelle
11. Schottergewinnung auf den Gründen der sogenannten Fuchslucke.
12. Ueberlassung einer Grundparzelle.
13. Stellungnahme zur Errichtung eines modernen Bades.
14. Ankauf und Einstellung von Milchkühen.

IV. Sektion. (Sektionssitzung am Mittwoch den 10. Dezember 1919 um 3 Uhr nachm.)

5. Vergebung von zwei Fachschulstipendien.
16. Verleihung der Jahresinteressen aus der Ichzenthaller-Stiftung.
17. Desgleichen aus der Leopold Pacher-Artillerie-Stiftung.
18. Desgleichen aus der Vogel-Stiftung.
19. Aenderung der Hausordnung in den h. o. Unterstandshäusern.
20 Regelung der Verpflegsgebühren im Armenverpflegshause.
21. Ankauf von Strohschuhen für die h. o. Schulkinder.
22. Errichtung der Beratungsstelle für Tuberkulosenfürsorge und Geschlechtskranke.
23. Anschaffung von Büchern für die Schulbibliothek.

Anwesende:

Vorsitzender: Herr Bürgermeister Josef Wokral.

Die Herren Vizebürgermeister Johann Mayrhofer, Franz Nothhaft und Karl Dedic.

Die Herren Gemeinderäte:

Franz Aigner	Fritz Krottenau
Heinrich Bachmayr	Alois Lebeda
Prof. W. Brand	Michael Neuhold
Johann Baumgartner	Ludwig Reisinger
Josef Eisterlehner	Markus Ruckerbauer
Karl Fischer	Alois Saiber
Anton Frühwald	Friedrich Schickl
Anna Grömmer	Michael Schörkhuber
Rudolf Hitzelhammer	Leopold Steinbrecher
Karl Klement	Franz Tribrunner
Franz Kratochwill	Marie Zachhuber
Berta Kisely	Gangolf Zeilinger.

Vom Magistrate: Magistratsdirektor Dr. Franz Habl.

Als Schriftführer: Protokollführer Karl Ridler.

Entschuldigt abwesend die Herren Gemeinderäte: Dr. Peyrer-Angermann, Chalupka, Kletzmayr, Rudda, Schwandtner, Vogl und Witzany.

Der Herr Vorsitzende Bürgermeister Wokral begrüßt die erschienenen Herren und Frauen Gemeinderäte, stellt die Beschlußfähigkeit des Gemeinderates fest und eröffnet um 2 Uhr 15 Min. die Sitzung.

Zu Beglaubigern dieses Protokolles werden die Herren Gemeinderäte Friedrich Schickl und Michael Schörkhuber gewählt.

Hierauf teilt der Herr Vorsitzende mit, daß ihm von Seite der Handelsgewerbetreibenden eine Zuschrift durch eine Abordnung derselben überreicht wurde, welche auch von den Gewerbeverbänden unterzeichnet ist.

Diesem Schreiben habe ich folgendes hinzuzufügen:

Die traurigen Ernährungsverhältnisse bringen es mit sich, daß es unmöglich ist, auf die Dauer mit den gegenwärtig zugewiesenen Lebensmittelrationen das Auslangen zu finden; es ist daher begreiflich, daß sich der Bevölkerung eine Erregung bemächtigt, die dadurch gesteigert wird, als die an die Stadt Lieferungspflichtigen mit einer Reihe von Artikeln, welche wir nicht von auswärts beziehen können, sondern auf die Anlieferung derselben von der nächsten Umgebung der Stadt angewiesen sind, zurückhalten und die Anlieferungen auf unerklärliche Weise zurückgehen; insbesondere trifft dies bei der Milchanlieferung zu, deren Rückgang die Bevölkerung in Erregung versetzt, da trotz des erhöhten, zumindestens aber nicht verringerten Viehstandes, durch Erwerbung der Milchkühe aus dem Bezirke Ried im Innkreis, welcher dadurch seiner Milchlieferungspflicht entbunden wurde, ein Zurückgehen der Milchanlieferung aus unserem Bezirke, dem diese Vieheinstellung zugute kam, nicht gerechtfertigt ist. Die Unterbringung dieser Milchkühe begegnet gewissen Schwierigkeiten, da mit der Uebernahme des Viehes Forderungen nach Erhöhung der Milchpreise verknüpft wurden. Alle diese Dinge haben mitgespielt, um die Bevölkerung in Erregung zu versetzen und erschien diese auch begreiflich. Demgegenüber muß ich jedoch und zwar aus voller Ueberzeugung sagen, daß die Vorkommnisse vom letzten Donnerstag keineswegs gutgeheißen werden können und bin ich auch der Ueberzeugung, daß diese Vorkommnisse von jedem rechtlich denkenden Menschen bedauert und verurteilt werden. Nicht verurteilt aber kann die Demonstration an sich werden, weil diese ein Mittel ist, dessen sich jede Partei und Bevölkerungsschichte im gleichen Ausmaße bedienen kann, um ihrer Forderung einen Ausdruck zu geben und zur Geltung zu bringen. Nicht einverstanden kann man aber mit den Vorkommnissen sein, mit welchen diese Demonstration begleitet war Diese müssen auf das schärfste verurteilt werden. Es muß auf das schärfste verurteilt werden, daß Staatsbürger blutig geschlagen und verprügelt wurden und daß diese Demonstration einen Charakter anzunehmen drohte, der noch größere Kreise hätte ziehen können, als durch die Demonstration

beabsichtigt war. Ich möchte deshalb hier ausdrücklich sagen, daß die vorgekommenen Mißhandlungen zu verurteilen sind und ich mich verpflichtet fühle, dafür Vorsorge zu treffen und alles vorzukehren, um derartige Ausschreitungen unter allen Umständen hintanzuhalten. (Bravorufe.) Ich glaube, damit befinde ich mich mit allen Herren und Frauen in Uebereinstimmung. Dabei will ich aber auch nicht verhehlen, daß für die Vorkommnisse auch Gründe vorhanden waren. Uebereinstimmend wurde auch ausgesagt, daß die Prügeleien nur dadurch hervorgerufen wurden, als einzelne verprügelte Personen grobe Provokationen begangen haben. Soweit diese Verprügelung die provozierenden Personen betrifft, muß man sagen, daß diese zwar bedauerlich aber wohl begreiflich war, daß diesen Provokanten keine Hilfe zuteil wurde. Bedauerlich ist, daß auch andere Personen mit hineingezogen wurden. Ich möchte betonen, daß wir gegen Wiederholungen solcher bedauerlicher Zustände die nötigen Vorsorgen treffen werden. Bedauerlich ist auch, daß angeblich schon einige Tage vorher einzelnen Bürgern unserer Stadt Nachrichten zugekommen waren, daß eine Kundgebung der Arbeiterschaft zu erwarten sei, wir jedoch hievon nicht verständigt wurden. Ich möchte an alle die Bitte richten, an alle, denen das Wohl der Stadt am Herzen liegt, daß das Präsidium von solchen Nachrichten verläßlich verständigt werde, damit es die Möglichkeit besitzt, rechtzeitig vorsorgen und gegebenenfalls eingreifen und den Bürgern unserer Stadt entsprechenden Schutz angedeihen lassen zu können. (Zwischenrufe: „Ganz richtig"!) Andererseits möchte ich aber auch an die Bevölkerung der Umgebung, die Bauernschaft, den Appell richten, daß diese — ich zweifle nicht daran, daß der größte Teil den ehrlichen Willen hat, ihrer Lieferungspflicht nachzukommen, mit allen Kräften trachten, an die Stadt zu liefern und selbst auf ihre Kollegen einwirken, dies zu tun, wodurch sich die Stimmung der Bevölkerung bessern würde. Dadurch würden am sichersten solche Vorkommnisse, wie sie der letzte Donnerstag brachte, vermieden werden.

Die Demonstration vom Donnerstag richtete sich auch gegen die Verkürzung der Mehlquote und wurde verlangt, daß diese wieder auf das frühere Maß erhöht werde. Von Seite der Landesregierung wurde telephonisch berichtet, daß die e höhte Mehlquote für die nächste Woche wieder gesichert sei unrd wir voraussichtlich für zwei Monate wieder mit Mehl gedeckt sind. Die in der Bürgermeisterkanzlei anwesenden Herren haben diese Nachricht auch den Demonstranten mitgeteilt und sie ersucht, sich zu gedulden Es war gewiß die ehrlichste Absicht der Landesregierung, die Mehlquote wieder voll auszugeben. Ich halte mich aber verpflichtet, hier öffentlich folgendes zu erklären: Von Seite der Staatsregierung und der Reparationskommission wird verlangt, daß die Versorgung der Bevölkerung Deutschösterreichs gleichmäßig zu erfolgen habe (Zwischenruf: „Gleichmäßig hungern!") und daß es nicht angeht, wenn man in Tirol, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Niederösterreich und Wien außer der Kürzung der Mehlquote auch eine solche der Brotquote vorgenommen hat, eine Stadt oder ein Land verlangen kann, daß für sie eine Vollversorgung einzutreten hat, unbekümmert darum, wie andere Länder oder Städte versorgt sind. Ich muß dies hier öffentlich erklären und weiter beifügen, daß es auch die Absicht der Landesregierung war, der Bevölkerung der Stadt für die kommende Woche eine Zubuße von $^1/_4$ kg Mehl zu geben, diese Absicht aber an dem Widerstande der Staatsregierung und der Reparationskommission gescheitert ist.

Wir haben uns aber sofort bemüht, damit das von der Landesregierung gegebene Versprechen eingelöst werde; dies ist wenigstens in einer Form gelungen, daß in anderer Weise Zubußen durch die Stadtgemeinde sichergestellt werden konnten. Diese Zubußen sollen glaublich Dienstag oder Mittwoch hier sein und in $^1/_8$ kg Teigwaren und $^1/_8$ kg Reis bestehen. Zu betonen ist, daß die Ausgabe des Reises zu einem bedeutend ermäßigten Preis erfolgen und nicht viel höher zu stehen kommen wird, als die sonstigen Mahlprodukte. Ich möchte Sie bitten, dies zur Kenntnis nehmen zu wollen und auch die Bevölkerung hievon zu benachrichtigen. Die Landesregierung kann trotz ihres ehrlichsten Willen dem gegebenen Versprechen nicht nachkommen und mußten wir daher den Ausweg finden, daß wir Zubußen von der Gemeinde in der angegebenen Form ausgeben können, womit sicherlich dem Bedürfnisse Rechnung getragen und eine erhöhte Menge an Lebensmitteln gesichert ist.

Ich möchte auch an die gesamte Bewohnerschaft den Appell richten, daß sie ihre Solidarität mit den übrigen Angehörigen Deutschösterreichs hochhält und die voraussichtlich noch kurze Zeit der Knappheit mitüberdauern helfen. Ich kenne das Wort: Durchhalten; es hat einen schlechten Beigeschmack und keinen guten Klang; nichtsdestoweniger möchte ich an diejenigen, die sich als Republikaner bekennen, den Appell richten, daß sie uns in der Zeit des voraussichtlich tiefsten Standes unserer Ernährungsverhältnisse mit hinüberhelfen, um damit den Bestand des Staates sicherzustellen. Republikaner sein, heißt, mit voller Ueberzeugung an der republikanischen Staatsform zu hängen, nicht nur wenn es gut geht, sondern auch dann, wenn es gilt, Opfer zu bringen; dann erst zeigt es sich, ob er ein richtiger Republikaner ist oder nicht; in der Not zeigt sich erst, ob man Zusammengehörigkeitsgefühl besitzt Ganz besonders möcht ich aber auch an die Arbeiterschaft den Appell richten. Sie wissen, daß die Machthaber einzelner Länder bestrebt sind, sich von Niederösterreich und Wien loszumachen. Durch Vorkommnisse, wie sie am Donnerstag geschahen, werden die separatistischen Bestrebungen dieser Machthaber nur genährt. Diese Bestrebungen dürfen wir aber nicht zu sehr in die Halme wachsen lassen, sondern vom Standpunkte des Solidaritätsgefühles heraus, dürfen wir nicht den Standpunkt einnehmen: Wenn ich nur etwas habe, mögen die Wiener verhungern. Solche Gedanken dürfen nie in unsere Herzen und in unser Gehirn einziehen.

Ich möchte deshalb nochmals erklären, daß wir alle jene Ausschreitungen, wie sie am Donnerstag stattgefunden haben, auf das tiefste bedauern und alles veranlassen werden, um solche oder ähnliche Ausschreitungen hintanzuhalten und allenfalls, wenn trotz aller Warnungen von unseren Verfügungen nicht Kenntnis genommen und die Ordnung im Interesse der ganzen Bevölkerung nicht aufrecht erhalten wird, jenen Leuten, welche sich unseren Anordnungen nicht fügen, die Verantwortung für ihr Tun und Treiben überlassen müssen.

Ich bitte, die Versicherung hinzunehmen, daß wir alles tun werden, um die Ordnung und Sicherheit der Personen und und des Eigentumes zu schützen. Ich bitte dies zur Kenntnis nehmen zu wollen. (Allgemeiner Beifall.)

Hierauf wird in die Tagesordnung eingegangen.

Die Punkte 1, 2, 3, 8 und 9 werden der vertraulichen Sitzung vorbehalten.

I. Sektion.

4. Ansuchen um Verpachtung des anläßlich der Einverleibung von Gebietsteilen der Gemeinde Gleink erworbenen Jagdgebietes.

Referent Herr G.-R. Reisinger. 36093

Durch die Inkorporierung aus dem Gemeindegebiete Gleink ist zum Stadtgebiete ein Gebiet von 2 $^1/_2$ ha zugewachsen. Für den Jagdpacht dieses erweiterten Gebietes hat sich ein Konsortium angeboten. Mittlerweile hat auch Herr Dr. Peyrer-Angermann, der bisherige Pächter der Gemeindejagd, um Ueberlassung dieses erweiterten Gebietes auf Grund des Jagdgesetzes gebeten und bietet als Jagdpacht einen Betrag von 400 *K*. Die Sektion ist zu dem Entschlusse gekommen, dem Gemeinderate die Verpachtung des erweiterten Gebietes nach dem Jagdgesetze dem bisherigen Herrn Pächter der Gemeindeeigenjagd Dr. Kamillo Peyrer-Angermann zu dem angebotenen Pachtschilling von 400 *K* per Jahr bis 31. Dezember 1922 zu vergeben.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

5. Festsetzung von Armenfondgebühren für das Jahr 1920

Referent Herr G.-R. Fischer. 38855

Zur Neubestimmung der Armenfondgebühren für das Jahr 1920 liegt ein Amtsbericht vor, den die Sektion mit einigen kleinen Aenderungen durch Erhöhung der Ansätze zugestimmt hat. Der Amtsbericht lautet:

Amtsbericht.

Die Gültigkeit des Gemeinderatsbeschlusses vom 24 März l. J. betreffend Festsetzung der Armenfondgebühren läuft mit Ende des Jahres ab.

Ich beehre mich hierauf aufmerksam zu machen mit dem Ersuchen, der Gemeinderat wolle hinsichtlich dieser Gebühren, die alljährlich festgesetzt werden müssen, neuerlich Beschluß fassen.

Nach dem Gesetze vom 8. September 1902, L.-G. und V.-Bl. Nr. 38, ist die Einhebung nachstehender Gebühren zulässig:

1. Für die Erteilung der polizeilichen Baubewilligung zu Bauführungen, welche nicht infolge von Elementarereignissen notwendig werden, und zwar bei Neubauten *K* 6.— (von der Sektion auf *K* 20.— erhöht) und bei Zu- und Umbauten *K* 4.—

2. Für die Erteilung einer Tanzmusiklizenz *K* 20.— (sofern auf die Tanzunterhaltung nicht die Bestimmungen für die Einhebung einer Lustbarkeitssteuer Anwendung zu finden haben).

3. Für die Bewilligung zur Offenhaltung von Kaffee- und Schanklokalitäten über die vorgeschriebene Sperrstunde *K* 10.— (von der Sektion auf *K* 20.— erhöht).

4. Für ein Besteisschießen, Bestkegelscheiben, Bestschießen *K* 2.— (von der Sektion auf *K* 4.— erhöht).

5. Für ein Preisfahren oder Reiten *K* 20.—.

6. Für die Veranstaltung eines Feuerwerkes, Fackelzuges oder für öffentliche Umzüge in Verkleidungen *K* 10.— (von der Sektion auf *K* 20.— erhöht).

7. Für Produktionen von Gymnastikern, Schnelläufern u. dgl. *K* 4.— für jede Vorstellung.

8. Für die Produktion von Zirkusbesitzern, Menagoriebesitzern, Ringelspielbesitzern, Praterbesitzern, Schießbudenbesitzern, Schaubudenbesitzern, Schiffsschaukeln, Marionettentheatern u. dgl. *K* 2.—, bei Beschäftigung von mehr als sechs Personen *K* 10.—.

Die Sektion beantragt, den im Amtsberichte vorgesehenen und von der Sektion erhöhten Gebührenansätzen zuzustimmen.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

II. Sektion.

7. Stadtkassatagebuchabschluß pro November 1919

Herr Vizebürgermeister Rothhaft trägt den Abschluß vor:

Zl. 425/Bh.

Ausweis

über die Einnahmen und Ausgaben der Stadtkassa Steyr pro 1. Jänner bis 30. November 1919.

Rubrik Nr.	Benennung	Einnahmen: Prälimin. 1919 K	h	Summe 1.|1.–31.|10. 1919 K	h	November 1919 K	h	Summe 1.|1.–30.|11. 1919 K	h	Ausgaben: Prälimin. 1919 K	h	Summe 1.|1.–31.|10. 1919 K	h	November 1919 K	h	Summe 1.|1.–30.|11. 1919 K	h
I.	Gemeindevermögen	528.927	—	370.902	17	1 624	20	372.526	37	592.739	—	529.055	72	—	—	529.055	72
Ia.	Kreditoperationen	—	—	2,370.019	53	—	—	2,370.019	53	—	—	1,127.800	—	1.000	—	1,128.800	—
II.	Gebäude und Grundbesitz	42.200	—	25.427	55	3.157	74	28.585	29	94.917	—	50.807	20	7.693	60	58.500	80
III.	Marktwesen, Gefälle und nutzbare Rechte	16.311	—	11.300	35	1 362	16	12.662	51	19.806	–	8.559	72	3.727	44	12 287	16
IV.	Gemeindeverwaltung	7.600	—	200.913	30	2.338	96	203.252	26	423.191	—	868.231	70	80.448	69	948.680	39
V.	Sicherheitswesen	4.100	—	3.253	47	30.000	—	33.253	47	282.255	—	280.534	33	250.278	24	530 812	57
VI.	Oeffentliche Arbeiten	72.600	—	91.105	42	3.025	41	94.130	83	604.947	—	678.886	39	145.127	90	824.014	29
VII.	Gesundheitswesen u. städt. Lebensmittel-Versorg.	5,002.600	—	1.556	10	120	30	1 676	40	5,032.884	—	51.999	54	6.504	04	58.503	58
VIII.	Kultus, Unterricht, Kunst und Wissenschaft	27.698	—	4.219	26	164	20	4.383	46	204.302	—	297.389	50	48.614	58	346.004	08
IX.	Militärangelegenheiten	173.467	—	76.965	26	13.741	57	90.706	83	225.287	—	223 036	32	9 014	02	232.050	34
X.	Armenwesen	25.000	—	40 478	62	5.988	79	46.467	41	107.000	—	87 000	—	10.000	—	97 000	—
XI.	Verschiedenes	500	—	521.014	43	96	20	521.110	63	485.643	—	32.607	70	398	84	33.006	54
XII.	Gemeindebesteuerung	2,445.000	—	1,500.086	94	1,368 245	93	2,868.332	87	240.370	—	10.032	46	2.593	38	12.625	84
	Summe	8,346.003	—	5,217 242	40	1,429.865	46	6,647.107	86	8,313.341	—	4,245 940	58	565.400	73	4,811.341	31
	Hiezu Kassarest vom Vormonat per			—	—	971.301	82	—	—								
	Summe der Einnahmen			5,217.242	40	2,401 167	28	6,647 107	86								
	ab die Ausgaben per			4,245.940	58	565.400	73	4,811.341	31								
	verbleibt ein Kassarest für den folgenden Monat per			971.301	82	1,835.766	55	1,835.766	55								

Stadtbuchhaltung Steyr

6. Dezember 1919.

Markut.

Derselbe wird vom Gemeinderate zur Kenntnis genommen.

7. Unterstützungsansuchen.

Herr Vizebürgermeister Mayrhofer übernimmt den Vorsitz.

a) Herr Vizebürgermeister Nothhaft bringt das Ansuchen der Mauteinnehmer um Erhöhung ihres Pauschales für Bier- und Branntweineinfuhr von zwei auf drei Prozent zur Kenntnis und beantragt namens der Sektion, dem Ansuchen zuzustimmen.

39413

Herr G.-R. Prof. Brand frägt an, was in Zukunft mit den Mautnern geschehen werde und ersucht, hinsichtlich der Weiterverwendung derselben Vorsorge zu treffen.

Herr Vorsitzender Vizebürgermeister Mayrhofer erwidert, daß über die Weiterverwendung der Mautner schon in der allernächsten Zeit entschieden werden wird.

Der Sektionsantrag wird hierauf vom Gemeinderate angenommen.

b) Ansuchen des Vereines der Schulfreunde um eine Subvention.

Referent Herr G.-R. Bachmayr. 37150

Der Verein der Schulfreunde ist für die Jugendfürsorge besonders tätig und erhält für zirka 80 Knaben den Knabenhort, wie er auch für die Suppenanstalt sorgt, womit er zirka 350 arme Kinder ausspeist; ebenso werden zu Weihnachten 160 Kinder mit Schuhen beteilt. Diese Aktionen erfordern ungefähr 10.000 *K*; die Sektion beantragt daher, dem Verein der Schulfreunde wie bisher 2000 *K* an Subvention zu bewilligen.

Herr Bürgermeister Wokral erscheint wieder im Saale und übernimmt den Vorsitz.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

c) Ansuchen des gewerblichen Schulausschusses um kostenlose Beistellung der Schulräume und der Beheizung und Beleuchtung und um Subvention.

Die Sektion beantragt, der gewerblichen Fortbildungsschule diese Begünstigungen auch für das Schuljahr 1919/20 und eine Subvention von 200 *K* zu bewilligen. 34012

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

d) Ansuchen des Reservespitales in Ursahr um Unterstützung zu einer Weihnachtsbescherung für invalide Heimkehrer.

Die Sektion stellt den Antrag:

Der Gemeinderat beschließe, eine Weihnachtsspende von 100 *K* zu bewilligen. Zl. 39.642.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

e) Ansuchen der Marianne Schrattner, gewesene Schuldienerin, um eine Unterstützung infolge Kränklichkeit.

Die Sektion beantragt, eine Unterstützung von 100 *K* ausnahmsweise zu bewilligen, da die Gesuchstellerin nach zwölfjähriger provisorischer Dienstzeit weder eine Pension noch eine Abfertigung erhalten hat.

Der Gemeinderat stimmt dem Sektionsantrage zu. Zl. 39.291.

f) Ansuchen des Arbeitervereines „Kinderfreunde" um eine Subvention.

40565

Nach Vortrag des Ansuchens durch Herrn G.-R. Saiber stellt derselbe den Sektionsantrag:

In Anbetracht der großen Teuerung werden zur Weihnachtsbescherung ausnahmsweise 2000 *K* bewilligt.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

g) Ansuchen des Vereines „Die Flamme" in Reichenberg um Erlassung der Schuld von 100 *K* infolge der geänderten Staatsverhältnisse.

Herr Referent G.-R. Ruckerbauer bringt das Ansuchen zur Kenntnis und stellt hierauf den Sektionsantrag:

Der Gemeinderat beschließe, auf die Rückerstattung des Schuldbetrages von 100 *K* zu verzichten.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen. Zl. 36.931.

III. Sektion.

10. Beitragsleistung zum Ankaufe eines Objektes für die Wasenmeisterei in Pergern und Ankauf der maschinellen Anlage der Kadaververwertungsstelle.

Referent Herr G.-R. Aigner. 38784

Der Herr Referent bringt die Zuschrift der Bezirkshauptmannschaft Steyr zur Kenntnis, worin dieselbe mitteilt, daß zufolge Liquidierung der Futtermittelzentrale der Weiterbetrieb der Tierkörperverwertungsstelle in Frage gestellt ist, da die Nachfolgerin der Futtermittelzentrale diese nicht übernehmen wolle. Der Vertreter der Futtermittelstelle hat in einer am 20. November l. J. bei der Bezirkshauptmannschaft Steyr abgehaltenen Besprechung mit den Vertretern der umliegenden Gemeinden den Antrag gestellt, daß die Anlagen von den Gemeinden zum Selbstkostenpreise erworben und von ihnen weiter betrieben werden sollen. Dieser Antrag wurde nicht angenommen. Die Stadtgemeinde Steyr schloß sich dieser Ablehnung an, während der Vertreter der Waffenfabrik erklärte, der Angelegenheit nur dann näher zu treten, wenn die Stadtgemeinde Steyr sich an dem Unternehmen beteiligen würde.

Es wurden sodann folgende Vorschläge gemacht: Die Stadtgemeinde beabsichtigt die maschinelle Anlage im Falle der Zustimmung des Gemeinderates zum Selbstkostenpreise und zwar den 500 Liter Heißwasserapparat zum Preise von 27 476 *K*, die Armaturen zum Preise von 8264 *K* 88 *h*, einen Bezinmotor zum Preise von 4021 *K*, zuzüglich der Transportspesen zur Wasenmeisterei zu übernehmen und diesbezüglich nach Gemeinderatsbeschluß an die Futtermittelzentrale herantreten zu wollen. Die Vertreter der übrigen Gemeinden gaben sodann

gleichfalls ihre Zustimmung zu dem Uebernahmsprojekte. Der Gemeinderat hat nun zur Sache Stellung zu nehmen und beantragt die Sektion:

Der Gemeinderat beschließe:

1. Der Beitragsleistung zum Ankaufe der Baracke für die Wasenmeisterei in Pergern im Prinzipe zuzustimmen, die Höhe des Beitrages jedoch erst dann festzusetzen, bis die Bezirkshauptmannschaft den Schlüssel im Einvernehmen mit den beteiligten Gemeinden festgelegt hat, was in einer der nächsten Gemeinderatssitzung dann zum Vortrage zu kommen hätte.

2. Den Ankauf der maschinellen Anlage der Kraftfuttermittelverwertungsstelle zuzustimmen, falls die Anlage tatsächlich vollzählig sein sollte.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.
Zl. 38.784.

11. Schottergewinnung auf den Gründen der sogenannten Fuchslucken.

Referent Herr G.-R. Frühwald.

Die Schotterlieferung für die Bauten auf der hohen Ennsleite war per Bahn von Ernsthofen in Aussicht genommen. Da diese Art der Lieferung mit Rücksicht auf die weitgehende Ausschaltung menschlicher oder tierischer Arbeit (Bahntransport direkt aus der Grube bis Bahnhof Steyr von dort mit vorhandenem Bremsberg auf die Baustelle) als die billigste und vorteilhafteste erschien.

39286

Durch die allgemeine Krise im Bahnverkehr und die Unmöglichkeit einer Erhoffung baldigster Besserung dieser Zustände kann mit diesem Faktor nicht mehr gerechnet werden, weshalb es notwendig war, nach anderen Schotter im nächsten Bereiche Umschau zu halten.

Die seitens der Waffenfabrik beizustellenden Mengen werden lediglich Bausand abwerfen, während für die Straßen, Wege und Betonarbeiten neue Gewinnungsstellen erschlossen werden müssen.

Die Verhandlungen mit Grundbesitzern im nächsten Bereiche der Baustellen haben sich wegen des prinzipiell ablehnenden Standpunktes derselben zerschlagen, weshalb nichts anderes erübrigt, als die Gewinnung des Schotters auf eigenem Grunde trotz der verhältnismäßig nicht beträchtlichen Ergiebigkeit auf Sand ins Auge zu fassen.

Durch die damit im Zusammenhange stehende Förderung der Interessen der Staatsbahnverwaltung hinsichtlich der Mithilfe bei der Schaffung des zur Erweiterung des Bahnhofes notwendigen Planums, hat sich die Staatsbahndirektion prinzipiell bereit erklärt, sich an dem Unternehmen durch Beistellung von Waggons zum Abschub des Aushubmateriales zu beteiligen.

Die Sektion hat die Angelegenheit eingehend beraten und stellt den Antrag:

Der Gemeinderat beschließe über Antrag des Stadtbauamtes, die Schottergewinnung für die Bauten auf der hohen Ennsleite auf den Gründen der sogenannten Fuchslucken zu genehmigen und mit der Durchführung die städtische Bauleitung für den Neubau der Objekte auf der hohen Ennsleite zu betrauen.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

12. Ueberlassung einer Grundparzelle.

Referent Herr G.-R. Krottenau. 35591

Johann Daxner sucht um pachtweise Ueberlassung eines Grundstückes am Anger der Gaswerkgasse, nächst der Steinmetzwerkstätte des Hans Sperl, an und beantragt die Sektion:

Der Gemeinderat beschließe, dem Gesuchsteller den in Anspruch genommenen Teil der Parzelle gegen einen jährlichen Pachtschilling von 1 *K* pro m² und unter der Bedingung zur Errichtung eines Wagenschupfens zu überlassen, daß der Platz gegen die Straße entsprechend abgegrenzt und wenn er seitens der Stadtgemeinde seinerzeit für eigene Zwecke benötigt wurde, seitens des Pächters ohne jeden Entschädigungsanspruch auf Widerruf sofort geräumt wird. Gleichzeitig wird die bezüglich der G. P. 1392/Teil bestandene Bewilligung zur Aufstellung von leeren Fässern (7. Oktober 1909) widerrufen.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

13. Stellungnahme zur Errichtung eines modernen Bades.

Referent Herr G.-R. Steinbrecher. 40573

Von den Herren Vizebürgermeister Mayrhofer und Genossen liegt folgender Antrag vor:

„Das neu erworbene Schloß Engelsegg würde sich wegen seiner zentralen Lage, das Vorhandensein von einem genügend starken Wasserstand usw. vorzüglich zur Errichtung eines modernen Bades eignen. Ueber die Notwendigkeit eines solchen ist genug gesprochen worden.

Gefertigte stellen den Antrag, daß die Gründe vorerwähnten Besitzes (Schloß Engelsegg) für die Schaffung eines Bades bestimmt werden; daß mit den Vorarbeiten (Ausschreibung der Entwürfe ꝛc.) sofort begonnen wird, da von der Beschlußfassung bis zur Vollendung derselben naturgemäß besonders bei der heutigen Lage längere Zeit vergehen muß. Es muß alles darangesetzt werden, dem so dringenden Bedürfnisse der Bevölkerung ehestens Rechnung zu tragen."

Hiezu bemerkt der Herr Referent, daß es gut sein würde, ein engeres Komitee zur Inangriffnahme der Vorarbeiten zu wählen, welches sodann an den Gemeinderat Bericht zu erstatten hätte.

Der Sektionsantrag lautet: Der Gemeinderat beschließe, dem Antrage, daß die Badeanstalt auf den Gründen des Schlosses Engelsegg errichtet werde, zuzustimmen und das Stadtbauamt mit der Ausschreibung für die Erlangung eines Vorprojektes zu betrauen, wobei das Raumerfordernis für eine solche Badeanstalt einvernehmlich mit einem noch zu wählenden engeren Komitee festzulegen wäre.

Herr Vizebürgermeister Nothhaft empfiehlt, die Errichtung der Badeanstalt auf den Gründen des Schlosses Engelsegg nicht als eine bestimmte Tatsache festzustellen, sondern im Antrage das Wort „eventuell" einzufügen, so daß es heißt: „Der Gemeinderat beschließe, dem Antrage, daß die Badeanstalt eventuell auf den Gründen usw. . . ." Es könnte vielleicht doch noch ein geeigneterer Platz für die Errichtung einer Badeanstalt gefunden werden, in welchem Falle man aber bei dem jetzigen Wortlaute des Antrages an einen bereits bestimmten Platz gebunden wäre.

Herr Referent G.-R Steinbrecher erwidert, daß er kaum glaube, daß sich ein anderer Platz oder ein anderes Gebäude besser für die Errichtung eines Bades im modernen Sinne eignen würde und daher empfiehlt, ausschließlich das Schloß Engelsegg für diese Zwecke in Aussicht zu nehmen. Im übrigen sei er mit der Einschaltung des Wortes „eventuell" einverstanden und werde es wohl noch geraume Zeit brauchen, bis die Badeanstalt bei den heutigen Bauverhältnissen fertig sein werde.

Der Sektionsantrag wird hierauf vom Gemeinderate mit der Einschaltung des Wortes „eventuell" angenommen.

In das engere Komitee werden sodann die Herren Gemeinderäte Aigner, Reisinger, Tribrunner, Steinbrecher und Dr. Furrer gewählt.

14. Ankauf und Einstellung von Kühen.

Dieser Punkt wird zwecks weiterer Erhebung von der Tagesordnung abgesetzt.

IV. Sektion.

15. Vergebung von zwei Fachschulstipendien.

Referent Herr G.-R. Hitzlhammer.

Der Sektionsantrag lautet: Der Gemeinderat wolle beschließen, die Stadtgemeinde Steyr-Stipendien für dürftige Schüler der Fachschule für Eisen- und Stahlbearbeitung in Steyr im Betrage von à 100 *K* dem Josef Schmiedinger (1. Jahrgang) und dem Wilhelm Pötscher (2. Jahrgang) zu verleihen. Zl. 36 611.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

16. Verleihung der Jahresinteressen aus der Ichzenthaller-Stiftung.

Der Sektionsantrag lautet: Der Gemeinderat wolle beschließen, die Interessen per je 24 *K* den Bewerbern bezw. Bewerberinnen Nußbichler Franz, Huber Franz und Molterer Therese und Julius Lehner zu verleihen.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.
Zl. 32.301.

17. Verleihung der Jahresinteressen aus der Leopold Pacher-Artilleriestiftung.

Der Sektionsantrag lautet: Der Gemeinderat beschließe, den Bewerbern Franz Nußbichler und Franz Zehetner einen Interessenanteil aus der Leopold Pacher'schen Artilleriestiftung im Betrage von à 17 *K* 50 *h* verleihen. Die restlichen Interessenanteile, um die sich keine Bewerber gemeldet haben, sind dem Stiftungskapitale zuzuschlagen.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.
Zl. 32.302.

18. Verleihung der Jahresinteressen aus der Vogl-Stiftung.

Der Sektionsantrag lautet: Der Gemeinderat wolle beschließen, einen Interessenanteil per 60 *K* aus der Therese Vogl-Stiftung den Bewerbern bezw. Bewerberinnen Anna Faltin, Anna Hofmann, Raimund Schmied, Franziska Distlberger, Therese Stockinger, Josefa Baloh, Katharina Strohmayr, Katharina Entinger, Julie Schiller, Zäzilia Fisch, Anna Tellermann, Josef Huemer und Magdalena Landsiedl zu verleihen.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

19. Aenderung der Hausordnung in den hierortigen Unterstandshäusern.

Der Sektionsantrag lautet: Der Gemeinderat wolle beschließen, den zuliegenden Entwurf einer neuen Hausordnung für die städtischen Altersheime zu genehmigen und das Armenverpflegshaus künftighin Versorgungshaus, die städt. Unterstandshäuser aber künftighin Altersheime zu benennen; im übrigen

aber die für dieselben historisch gewordenen Bezeichnungen (Bruderhaus 2c.) beizubehalten.

Auf Antrag des Herrn G.-R. Prof. Brand wird der Name von Versorgungshaus auf „Versorgungsheim" umgeändert und sodann der Sektionsantrag einhellig angenommen.

20. Regelung der Verpflegsgebühren im Armenverpflegshause.

Der Sektionsantrag lautet: Der Gemeinderat beschließe, die Erhöhung der Verpflegskosten im Verpflegsheim von täglich 2 K 50 h auf täglich 3 K 50 h ab 1. November 1919 zu bewilligen.

Der Sektionsantrag wird einhellig angenommen. Zl. 39.124.

21. Ankauf von Strohschuhen für die hierortigen Schulkinder.

40753

Referent Herr G.-R. Lebeda.

Der Gemeinderat beschließe den Ankauf von 2000 Paar Strohschuhen als Wechselschuhe für Schulkinder zum Preise von 3 K 20 h bis höchstens 4 K 50 h per Paar

Herr G.-R. Prof. Brand wünscht, daß Kinder begüterter Eltern die Schuhkosten selbst zu tragen haben, welchem Wunsche zugestimmt wird, während Herr G.-R. Neuhold die Güte und den Wert der Schuhe zu dem festgesetzten Preise bezweifelt.

Herr Vorsitzender Bürgermeister Wokral erklärt, daß die Vergebung der Schuhe durch die Sektion erfolgen werde, welche sich auch mit den angeregten Fragen befassen werde.

Der Sektionsantrag wird hierauf angenommen.

22. Errichtung der Beratungsstelle für Tuberkulosenfürsorge und Geschlechtskranke.

Referent Herr G.-R. Lebeda.

Der Gemeinderat hat sich seinerzeit mit dem vom Herrn G.-R. Dr. Furrer gestellten Antrage eingehend befaßt Die Durchführung dieses Antrages stieß bisher nur durch den Mangel von geeigneten Lokalen auf Schwierigkeiten. Die Sektion hat nun eine Lösung zur Errichtung dieser sanitären Hilfsstellen gefunden und stellt den Antrag:

Der Gemeinderat beschließe:

1. Für Zwecke der Tuberkulosenfürsorgestelle in Steyr die schwarze Baracke beim Armenverpflegshause zur Verfügung zu stellen;

2. für Zwecke der Beratungsstelle für Geschlechtskranke den Infektionspavillon beim neuen Krankenhause zur Verfügung zu stellen;

3. die hiesigen Herren Aerzte sind im schriftlichen Wege einzuladen, sich zur Sache zu äußern und sie zu fragen, wer von ihnen bereit ist, die Arbeiten zu übernehmen.

Herr G.-R. Tribrunner verweist auf die seinerzeitigen Ausführungen des Herrn G.-R. Dr. Furrer, wonach derselbe mitteilte, daß die Landesstelle vom „Roten Kreuz" sich bereit erklärt habe, Steyr entgegenzukommen und ihr gegebenenfalls eine Baracke zu überlassen.

Herr Vorsitzender Bürgermeister Wokral erwidert, daß der Herr Präsident der Landesstelle vom „Roten Kreuz" erklärt habe, leider aus den Beständen nichts abgeben zu können.

Frau G.-R. Zachhuber berichtet, daß Herr Dr. Ehrenberger sich bereit erklärt habe, in der Fürsorgestelle für Geschlechtskranke zu wirken.

Herr G.-R. Prof. Brand ersucht, die Angelegenheit Herrn G.-R. Furrer, welcher am besten unterrichtet sei, zu übergeben.

Der Sektionsantrag wird hierauf vom Gemeinderate angenommen.

23. Anschaffung von Büchern für die Schulbibliothek.

Referent Herr G.-R. Lebeda.

Der Sektionsantrag lautet: Der Gemeinderat beschließe den Ankauf von 726 Bändchen Jugendschriften zum Preise von 3 K 50 h bis 5 K per Stück.

Der Sektionsantrag wird hierauf vom Gemeinderate angenommen.

Nachdem somit die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erschöpft ist, stellt der Herr Vorsitzende Umfrage, ob im öffentlichen Teile der Sitzung noch das Wort gewünscht werde.

Herr G.-R. Frühwald nimmt auf die am Eingange der Sitzung vom Herrn Bürgermeister gemachten Ausführungen Bezug und erklärt, mit denselben einverstanden zu sein; es sollen aber auch die Gewerbetreibenden den Kampf gemeinsam mit den Arbeitern aufnehmen, damit die Sabotage der Bauernschaft endlich aufhöre. Diese sei die Ursache der Ausschreitungen. Es gibt aber leider noch viele Gewerbetreibende, die sich täglich den Magen füllen können, weil sie im Schleichhandel genug Lebensmittel erhalten. Diesem Schleichhandel, wie er gegenwärtig im ganzen Lande betrieben wird, muß ein Ende bereitet werden. Die Lebensmittel müssen auf gerechtem Wege erhältlich werden und dürfen die Arbeiter durch das Treiben der Wiener Geschäftsleute und Wiener Gewerbetreibenden nicht mehr in ihren Lebensmitteln beschränkt werden. Redner zitiert ein Beispiel, wie es beim Schleichhandel auch auf dem Postwege gemacht werde, und verweist darauf, daß, wenn die Sabotage nicht aufhört, Zustände eintreten könnten, die diejenigen von Rußland noch übertreffen dürften.

Herr Vorsitzender Bürgermeister Wokral erwidert, daß wir in Oberösterreich die gegenwärtigen schwierigen Lebensverhältnisse nicht zu ändern vermögen. Ich möchte an alle Mitglieder des Gemeinderates und an alle Personen, die heute auf Grund des gleichen Wahlrechtes in öffentlichen Vertretungen gewählt erscheinen, den Appell richten, gemeinsam dahin zu wirken, daß Ausschreitungen vermieden werden. Es muß aber auch festgestellt werden, daß sich unser Wirtschaftsrat stets bemüht hat und sich immer bemüht, ohne Ansehung der Person und der Partei, eifrigst und ehrlich für die Versorgung der Stadt zu arbeiten. Wenn der Erfolg nicht immer ein voller ist, so sind eben die Verhältnisse stärker als der Wille und die Kraft, die wir für die Versorgung aufbringen konnten. Es muß auch besonders betont werden, daß sich einzelne Mitglieder des Gemeinderates in geradezu bewunderungswürdiger Weise betätigt haben, daß sie sehr korrekt gegenüber der Demonstration vorgegangen sind und sich mit soviel Verständnis in den Dienst des Interesses der Allgemeinheit stellten; hiefür gebührt ihnen der Dank. Es gehört sicherlich nicht zu den dankbaren Aufgaben, sich bei solchen Anlässen in den Mittelpunkt zu stellen; es muß also festgestellt werden, daß von Seite des Magistrats-Präsidiums überhaupt alles getan wurde, was möglich war. Der Wirtschaftsrat hat sich in fleißigster Arbeit bemüht, der herrschenden Verpflegsschwierigkeiten Herr zu werden. Bedauerlich ist das eine, daß immer wieder Forderungen gestellt werden, die im Wirtschaftsrate fünf- oder sechsmal oder noch öfter schon behandelt wurden, wobei sich aber längst deren Unmöglichkeit in der Durchführung erwies. Es kann daher nur wiederholt werden, das vom Magistrats-Präsidium und dem Wirtschaftsrate nichts unterlassen wurde, um die Versorgung der Stadt zu sichern. Wenn dies von gewissen Seiten nicht begriffen werden will, so bliebe nichts anderes übrig, als die Sache anderen Leuten, die sie besser verstehen als wir, zu übertragen. Ich bitte, mit meinen Ausführungen die Angelegenheit zu schließen. (Zustimmung)

Herr G.-R Aigner führt aus: Der Gemeinderat hat in letzter Zeit mehrfach die Geneigtheit gezeigt, sich modernen Ausgestaltungen von städt. Einrichtungen zuzuwenden. Dies gibt mir die Gelegenheit, auf meine seinerzeitige Anregung zurückzukommen. Wie erinnerlich, erschien im Jahre 1916 eine ministerielle Sanitätskommission in Steyr, welche eine ganze Reihe von sanitären Maßnahmen beauftragte, so unter anderem die Durchführung der allgemeinen Wasserleitung und Kanalisation, der Kehrrichtabfuhr usw. Von diesen Anforderungen wurde auch die Kehrrichtabfuhr bereits in die Tat umgesetzt. Aber eines der wichtigsten sanitären Erfordernissen harrt noch immer der Modernisierung. Es ist dies die Leichenhalle am Friedhofe. Meine Herren! Es ist schade, daß man die Sanitätskommission damals nicht auf den Friedhof führte und ihnen die Mißstände bei der Leichenhalle zeigte. Diese spotten heute noch jeder Beschreibung und sind einer Stadt wie Steyr unwürdig; ja, sie widersprechen auch jeder Pietät. Ich möchte ersuchen, daß endlich diesem für die Gesundheit der Stadtbewohner sehr gefährlichen Uebelstand an den Leib gerückt wird

Herr Vorsitzender erwidert, daß er gewiß bestrebt sein werde, die nötige Veranlassung zur Behebung dieses Uebelstandes zu treffen; bisher mußte jedoch jede Aktion an dem Umstande scheitern, als der Friedhof nicht Eigentum der Stadtgemeinde ist.

Herr Vizebürgermeister Nothhaft ersucht namens der Gastwirtegenossenschaft, auf die Staatsbahndirektion einzuwirken, daß die Zufuhr des Bieres regelmäßiger erfolge. Wenn auch das Bier nicht zu den unentbehrlichsten Lebensmitteln gehöre, so besitzt es doch immer einen nennenswerten Nährwert, den die schwer arbeitende Bevölkerung nicht entbehren vermag. Most sei leider nicht erhältlich, weshalb man auf Bier angewiesen sei. Der Wein besitzt einen so hohen Preis, daß sich der Großteil der Bevölkerung diesen nicht kaufen kann.

Herr Vorsitzender entgegnet, daß diesbezüglich schon eine Eingabe an die Staatsbahndirektion abgegangen sei, dieselbe werde urgiert werden.

Herr G.-R. Klement macht auf die Bewegung in den Handlungsgehilfenkreisen aufmerksam, von welcher Seite ein Beschluß vorliege, falls keine Einigung erzielt werde, am Montag der Ausstand zu gewärtigen sei. Es möge daher auf eine Einigung hingewirkt werden, damit die Stadt nicht vor neuen Lebensmittelschwierigkeiten gestellt werde, welche zu Demonstrationen Anlaß geben könnten

Herr Vorsitzender erwidert, daß gegenwärtig Verhandlungen im Zuge sind, welche in der Bürgermeisterkanzlei von Herrn Vizebürgermeister Dedic geleitet werden und Aussicht auf Erfolg haben.

Herr G.-R. Eisterlehner ersucht, in der Ziegergasse eine elektrische Lampe anzubringen; ebenso wolle in der Prevenhubergasse die Anbringung einer Lampe veranlaßt werden.

Herr Bürgermeister erwidert, daß der Auftrag an das Bauamt ergehen werde.

Herr G.-R. Neuhold bringt das Begehren der Bewohner von der Schwimmschule auf Stutzung der dortigen Bäume zur Sprache, da die Aeste schon fast in die Fenster hineinwachsen und bei stürmischen Wetter die Fenster gefährdet werden; ebenso ersuchen diese Bewohner, daß die Seifenkarten so bald als möglich ausgegeben werden.

Herr Bürgermeister erwidert, daß vorerst erhoben werden müsse, wer das Stutzen der Bäume zu besorgen habe; die Ausgabe der Seifenkarten dürfte in der nächsten Woche erfolgen. Ein Verteilungsschlüssel für die Seifenausgabe sei noch nicht herabgelangt, wodurch eben die Ausgabe der Karten verzögert wurde.

Herr G.-R. Neuhold ersucht ferners, die Ausgabe von Streichhölzern zu betreiben; es gäbe genug Streichhölzer in Steyr, diese werden aber, wie es scheint, nur zurückgehalten.

Herr Bürgermeister erwidert, daß eine Aufforderung zur Ausgabe der Streichhölzer ergehen werde.

Herr G.-R Schickl ersucht, bei der Staatsbahndirektion dahin zu wirken, daß zumindestens wöchentlich zwei- oder dreimal in das Ennstal ein Zug verkehre.

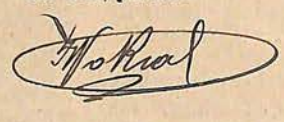
Herr Bürgermeister erwidert, daß er diesbezüglich bei der Staatsbahndirektion in Begleitung des Herrn Vizebürgermeisters Mayrhofer vorgesprochen habe, dort jedoch erklärt wurde, daß die verlangte Zugsführung aus technischen Gründen derzeit nicht möglich sei. Sobald die Schwierigkeiten einigermaßen behoben sind, werde auch die Strecke in das Ennstal berücksichtigt werden.

Herr G.-R. Krottenau ersucht zu veranlassen, daß die Geschäftsleute verhalten werden, die Preise der Waren in den Auslagen ersichtlich zu machen.

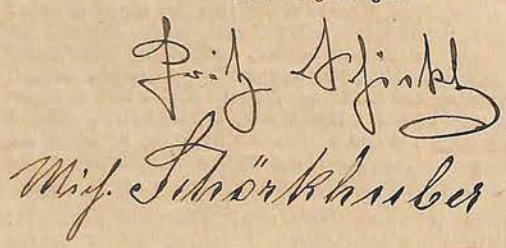
Herr Bürgermeister entgegnet, daß eine neuerliche Aufforderung zur Preisersichtlichmachung ergehen werde.

Der öffentliche Teil der Sitzung wird hierauf um 4 Uhr 15 Min. geschlossen.

Die Vorsitzenden:



Die Beglaubiger:



Der Schriftführer:

Tagblatt-Druckerei, Steyr.

XX. Sitzung
Anhang zum Rats-Protokolle vom 13. Dezember 1919.
Vertraulicher Teil. Beginn 4 Uhr 20 u. m.

Punkt 1. Personal Angelegenheiten.

Personal Referent Herr G.R. Prof. Brand.
a) Amtsantrag auf Versetzung in den dauernden Ruhestand des Amtsdieners Anton Herz mit 1. Jänner 1920.
Amtsdiener Anton Herz steht bereits im 66. Lebensjahre, hat mit 1. Aug. 1919 sein 35. Dienstjahr vollendet u. seit 8 Monaten krank. Infolge seiner dauernden Erkrankung wird derselbe nicht mehr dienstfähig.
Die Sektion stellt daher den Antrag:
Der Gemeinderat beschließe dem Amtsantrage mit dem Zusatze zuzustimmen, dass dem Amtsdiener Herrn Herz, die innehabende Amtswohnung im Rathause erst im Februartermine zu kündigen.
Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

b) Beschluss betreffend Weiterverwendung des Reservewachmannes Ernst.
Reservewachmann Ernst wurde von Herrn Stadtphysikus D. Holub untersucht. Diese Untersuchung zeitigte das Ergebnis, dass Herr Ernst nicht mehr dienstfähig wird. Das Amt beantragt Herrn Ernst mit Rücksicht auf seine zwanzigjährige Tätigkeit, während welcher sich derselbe stets ausgezeichnet führte, mit einer Abfertigung von 2000 K außer Dienst zu setzen, welchem Antrage sich die Sektion anschließt.
Der Amts- u. Sektionsantrag wird vom Gemeinderate einhellig angenommen.

c) Weiterverwendung des Herrn Plottner infolge Auflassung der Einhebung der Wein- u. Moststeuer.
Bekanntlich hat der Gemeinderat in seiner Sitzung am 28. Nov. auf die eigene Einhebung verzichtet. Die bisher von Herrn Plottner in diesem Amte innegehabte Stelle ist daher frei geworden.
Die Sektion beantragt:
Der Gemeinderat beschließe, den bisher in der Wein- und Moststeuerkommission beschäftigt gewesenen Herrn Max Plottner infolge Auflassung der Einhebung der genannten Steuer durch die Gemeinde im städt. Wirtschaftsamte als Kanzleihilfskraft weiter zu verwenden.
Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

d) Die von der Gewerkschaft der Angestellten der Stadt Steyr in die Personalkommission gewählten Mitglieder: Herr Mag. Direktor, Dr. Habl, Stadtbuchhalter Rudolf Markut, Kanzleileiter Baier und Schuldiener Gammer werden zur Kenntnis genommen.

e.) Eingabe der Beamten um Gewährung eines Gehaltsvorschusses auf die neue Besoldungsreform.
Herr Referent G.R. Prof. Brand bringt das Ansuchen zur Verlesung und bemerkt hiezu, dass er gewiss nicht verkenne, dass der Weihnachtsmonat an jeden Einzelnen erhöhte Anforderungen stelle. Auffallend sei die gewählte Abstufung in den Beträgen, welche auf einen verhältnismäßigen Familienstand der einzelnen Angestellten zu wenig Rücksicht nehme. Herr Mag. Direktor habe ihm vor der Sitzung eine Zeitung gegeben, welche die Beträge die Wien seinen städt. Angestellten gibt mitteilt. Diese gleichen Beträge fordern nun auch die Angestellten der Stadtgemeinde Steyr nur mit dem Unterschied eines 25 %-igen Abschlages hievon. Dies würde ein finanzielles Erfordernis von 140.000 K bedeuten welches im Voranschlage nicht vorgesehen ist. Allerdings verzichten die Beamten auf eine Rückwirkung der Besoldungsreform, dafür würden sie aber um Abschreibung des Vorschusses bittlich werden. Nachdem nach unserem Gemeindestatut unsere Beamten jenen des Staates vollkommen gleichzustellen sind, sollen wir auch hievon nicht abgehen u. wenn der Staat der Besoldungsreform eine Rückwirkung auf 1. November verleiht, so muss dies auch bei unseren Beamten in Kraft treten. Etwas Neues anzufangen ist unmöglich und solle auf den Standpunkt der Gleichstellung mit den Staatsbeamten geblieben werden.

Der Sektionsantrag lautet:
Die den Staatsangestellten bewilligten Zulagen u. die Weihnachtsgabe sind den Gemeindeangestellten nach Maßgabe der im Staatsgesetzblatte normierten Beträge sogleich gemeinsam zur Auszahlung zu bringen.
Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

Punkt. II. Ansuchen um Aufnahme in den Gemeindeverband.

Im Sinne des Gesetzes vom 5. Dez. 1896 R.G.Bl. 222 werden nachstehende Parteien in den Gemeindeverband der Stadt Steyr aufgenommen:

Josef Michlmayr, Hausbesitzer, samt Frau, 2 Kinder
Ignaz Fritsch, Gastwirt, samt Frau
Franz Steinleitner, Produkten-Händler
Carl Tragler, Tischler, samt Frau, 2 Kinder
Rudolf Rosina, Hufschmied, samt Frau 2 Kinder
Aloisia Stembacher, Zimmermädchen
Cäcilia Kunz, Fab. Arb. Witwe

Abgewiesen wurden:

1. Maria Schuster, Hufschmied, weil derselbe erst seit 13. Jänner 1916 in Steyr weilt u. die österr. Staatsbürgerschaft nicht besitzt.
2. Sebastian Singhuber, Schuhmacher, weil derselbe seit 26. November 1898 von Steyr abgemeldet ist.
3. Albert Tod, Fabriksarbeiter, weil derselbe erst seit 28. April 1915 in Steyr wohnt u. die österr. Staatsbürgerschaft nicht besitzt.

Die Zusicherung der Aufnahme in den Gemeindeverband wurde erteilt.

1. Ing. Ladislaus Benke, Direktor der Steyrtalbahn, bzw. wird demselben auf Grund der bereits mit Jänner 1919 durch Erklärung erworbenen Staatsbürgerschaft und der dadurch rechtmäßig anrechenbaren Ersitzung des Heimatsrecht in der Stadtgemeinde Steyr verliehen.
2. Rosina Rudolf, Hufschmied
3. Karl Komek, Schuhmacher, und
4. auf Antrag des Herrn Vizebürgermeisters Mayrhofer auch dem Fotografen Alfred Baumann ausnahmsweise, damit derselbe sein Geschäft in Innsbruck eröffnen könne, das Heimatsrecht zu erteilen, geht der Gemeinderat nicht ein.

Punkt 3. Ausweisung einer Partei aus dem Stadtgebiet.

Referent Herr G.R. Fischer trägt den Polizeibericht sowie den Amtsantrag vor und beauftragt namens der Sektion die Ausweisung des Josef Zenkl.
Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

Punkt 8. Ansuchen um Lohnregulierung.

Referent Herr G.R. Frühwald berichtet über das auf den Kollektivvertrag gestützte Begehren u. stellt den Sektionsantrag:
Der Gemeinderat beschließe die Bewilligung jener Lohnsätze, welche den Transportangestellten laut Gewerkschaftsvertrag zukommt.
Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

Punkt. 9. Vorarbeiten zur Errichtung eines städt. Wasserwerkes.

Referent Herr G.R. Schickl bringt den Bericht des Stadtbauamtes zur Verlesung und stellt den Sektionsantrag:
Der Gemeinderat beschließe auf Grund der bisherigen Forschungen wird das Stadtbauamt mit der Inangriffnahme der Verhandlungen mit einschlägigen Firmen zwecks Vornahme von Bohrungen zu betrauen.
Herr Vizebürgermeister Mayrhofer bemerkt, dass es sich heute nur um einen grundsätzlichen Beschluss handeln könne und Herr Bürgermeister bemerkt, dass die Angelegenheit deshalb vertraulich behandelt wurde, damit bei nötigen Grunderwerbungen kein Anreiz zu erhöhten Preisforderungen gegeben wird.
Der Sektionsantrag wird hierauf vom Gemeinderate angenommen.

Herr G.R. Baumgartner ersucht zu veranlassen, dass die noch hier anwesende Frau eines ausgewanderten Tschechoslowaken zur Nachreise veranlasst werde, u. sagt Herr Bürgermeister eine Stellungnahme zu.

Hierauf wird die Sitzung um 5 h10 geschlossen.

Der Vorsitzende:
Die Beglaubiger:
Der Schriftführer: